

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Stephan Brandner, Dr. Gottfried Curio und der Fraktion der AfD

Überrepräsentanz von nichtdeutschen Tatverdächtigen in der Polizeilichen Kriminalstatistik 2019

Der aktuellen Polizeilichen Kriminalstatistik ist zu entnehmen, dass im Berichtsjahr 2019 in vielen Deliktsbereichen nichtdeutsche Tatverdächtige im Verhältnis zum Ausländeranteil an der deutschen Gesamtbevölkerung deutlich überrepräsentiert waren. So belief sich der Anteil der nichtdeutschen Tatverdächtigen an der Gesamtzahl aller Tatverdächtigen im Bereich der Straftaten ohne ausländerrechtliche Verstöße auf 30,4 Prozent (vgl. Polizeiliche Kriminalstatistik 2019, S. 31). Im Deliktsbereich „gefährliche und schwere Körperverletzung“ lag der Anteil der nichtdeutschen Tatverdächtigen bei 37,3 Prozent, im Bereich „Mord, Totschlag und Tötung auf Verlangen“ bei 39,7 Prozent, im Bereich „Ladendiebstahl“ bei 41,8 Prozent und im Bereich Taschendiebstahl sogar bei 68 Prozent (Bundestagsdrucksache 19/21806). Gleichzeitig belief sich im Berichtsjahr 2019 der prozentuale Anteil der ausländischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung in Deutschland auf gerade einmal 12,5 Prozent (<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/14271/umfrage/deutschland-anteil-auslaender-an-bevoelkerung/>). Mit dieser Kleinen Anfrage sollen die Hintergründe für die dargelegte Überrepräsentanz erörtert werden.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Gründe sieht die Bundesregierung für den weit überproportional hohen Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger am Kriminalitätsgeschehen in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 2019 (die Antwort bitte begründen)?
2. Verfolgt die Bundesregierung bestimmte Strategien oder gibt es Konzepte etc., um der weit überproportionalen Straffälligkeit nichtdeutscher Tatverdächtiger am Kriminalitätsgeschehen entgegenzuwirken?
3. Gab bzw. gibt es in dem Zeitraum von 2000 bis 2020 nach Kenntnis der Bundesregierung Angebote zur Kriminalprävention, die speziell an nichtdeutsche Tatverdächtige gerichtet waren bzw. sind, und wenn ja, welche, und wurden diese von der Bundesregierung finanziell gefördert, wenn ja, in welcher Höhe (bitte jeweils nach Jahresscheiben aufschlüsseln)?

Berlin, den 18. Februar 2021

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

